

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 33 (1939)
Heft: 10

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

I. Deutschland. 1. Sehr bewegend ist der Tod, den der ehemalige Chef der deutschen Wehrmacht, Generaloberst von *Fritzsche*, im polnischen Kriege gefunden hat. Er war unter den Militärs der einflußreichste Gegner Hitlers und seiner Pläne. Das führte seinen Sturz herbei. Er ist nun als Teilnehmer an einer Stoßpatrouille vor Warschau gefallen. Man weiß nicht, ob durch einen Schuß von vorne oder von hinten. Ein Staatsbegräbnis hat das Geheimnis nicht aufgeklärt. Vielleicht hat er auch selbst den Tod *gesucht*. Wenn er tatsächlich die Pläne für die Eroberung Polens gemacht hätte, wäre wieder das Walten der Nemesis sichtbar. Doch weiß ich das nicht sicher.

2. *Hitler* gibt sich nach dem englischen „Blaubuch“ im Gespräch mit dem Botschafter Neville Henderson als „Künstler“, der sich gerne dieser Mission widmen möchte, statt der Politik. In der Tat ist er in einigen Künsten Meister.

3. *Streicher* fällt in Ungnade, weil er sich, der Verwendung öffentlicher Gelder für seine Privatzwecke bezichtigt, mit dem Beispiele Größerer entschuldigt habe. Nur Hitlers Eintreten habe ihn vor dem Tode gerettet.

Die *Juden* sollen auf einmal günstiger behandelt werden. Es werde ihnen für den Fall der Rückkehr die Herausgabe ihres Vermögens angeboten werden. Auch Hitlers neue „Lösung der Judenfrage“ kann ein solcher Versuch sein. Man hätte wohl die jüdischen Aerzte nötig und den jüdischen Einfluß.

4. Die Zeichen der *Opposition* gegen das System mehren sich. In den Ruffelsheimer Opel-Werken (für Autos) streiken die Arbeiter. In den Verdunkelungsnächten erscheinen Plakate mit: „Nieder mit Hitler!“ an den Mauern. Gelegentlich werden auch am hellen Tage die Hakenkreuzfahnen heruntergerissen. In Hamburg soll es zu einer größeren, aber rasch im Blut erstickten Revolte gekommen sein. Gegen das Luftfahrtministerium und, wie es heißt, auch gegen die Krolloper, wo *Hitler* die Reichstagsabgeordneten apostrophieren wollte, sind Bombenattentate verübt worden. Man schreibt diese *Otto Straßers* Anhängern zu. *Straßer* leugnet das nicht, erklärt aber, er habe selbst damit nichts zu tun gehabt.

Die Lebensmittelnot muß schon jetzt groß sein, wenn auch noch nicht ausgesprochen Hungersnot herrscht.

4. *Graf Bernstorff*, der deutsche Botschafter in Washington bis zum Ausbruche des Krieges mit Deutschland und spätere „demokratische“ Politiker, ist in Genf gestorben.

II. Frankreich. Im neugebildeten Kriegskabinet sind keine Sozialisten. Es besteht also formell keine „union sacrée“. Bonnet ist vom Außenministerium, das er schon lange nicht mehr wirklich verwaltete, ins Justizministerium geschoben worden, während *Daladier* nun auch formell neben dem Krieg auch das Auswärtige leitet.

III. Im Osten. 1. In *Polen* geht der Krieg als *Guerilla* vorwärts. In Furchtbarkeit.

Ein Komitee „*Pro Polonia*“ hat sich, ausschließlich aus römisch-katholischen Kreisen zusammengesetzt, in Freiburg konstituiert.

2. Die *baltischen Staaten* sind nach der Abtretung der Häfen, Inseln und Flugplätze und dem Einmarsch der russischen Truppen vollends zu „*Protektoraten*“ geworden. Litauen erhält zum Ersatz das verlorene *Wilna* wieder.

Die „*Bolschewisierung*“ setzt sich rasch durch, zum Teil als Folge der bisherigen Diktatur der Reaktion.

Die Gefahr für *Finnland* steigert sich. Es muß ebenfalls Gesandte nach Moskau schicken. Schon finden an der Grenze von beiden Seiten her Truppenkonzentrationen statt und werden die größeren Städte (Helsingfors, Viborg) evakuiert.

Auch *Schweden*, wie ganz Skandinavien fühlt sich bedroht.

Finnland sei zum äußersten Widerstand entschlossen. Es hoffe auf Schwedens Hilfe.

Es zeichnet sich die Gefahr einer deutsch-russischen Ueberwältigung ganz *Skandinaviens* ab, die u. a. auch die schwedischen Erzlager für Deutschland sicherte.

IV. *Palästina*. Es wird berichtet, die neue Lage habe eine *Verföhnung von Juden und Arabern* bewirkt. Hoffen wir, daß das zutrefte und dann weitergehe.

V. *Wirtschaftliches*. Fast alle Völker passen ihre Wirtschaft dem *Kriegszustand* an, zum Teil auch in Form der Rationierung.

In Amerika herrsche Hochkonjunktur in der Stahlindustrie. Wohl nicht nur dort!

VI. *Sozialismus*. Die neue *Politik Stalins* wirkt im Sozialismus revolutionierend. Die *Kommunisten* sind, nachdem sie jahrelang auf Geheiß von Stalin den Sozialismus für den Kampf gegen Hitler preisgegeben, auf einmal für den sofortigen Frieden mit ihm, mit dem Hintergedanken, daß er ohnehin durch Stalin erledigt werde. In Frankreich spaltet sich infolge davon nochmals die Gewerkschaftsbewegung.

Léon Blum spottet über die kommunistische omni-obéissance („Allgehorfam“) und *Romain Rolland* erklärt sich in einem Briefe an Daladier für die Verteidigung Frankreichs.

Die „Revolutionären Sozialisten“ Oesterreichs geben eine Erklärung für England und Frankreich ab, ebenso der Vorstand der deutschen sozialdemokratischen Partei (Sopade).

Zwei ehemals deutsche sozialistische Führer sind gestorben: *Wels*, der Typus des sozialdemokratischen Systemsmannes, und *Crispien*, einstiges Mitglied der Unabhängigen.

VII. *Kultur*. Der Tod hat, mitten in der Weltbrandung und im Londoner Exil, *Siegmond Freud* gefunden. Es muß wohl über ihn noch ein Wort gesagt werden. Der Schreibende weiß, daß ihm dafür nicht jene Kompetenz zukommt, die man von Seiten der Psychoanalytiker verlangt. Aber er hat immerhin früh schon einige Hauptwerke Freuds gelesen und die ganze von ihm ausgehende Bewegung stets verfolgt. Wenn man sich gegen Freud und die Psychoanalyse stellt, so läuft man dazu Gefahr, daß man selbst psychoanalytisiert und die Opposition auf „Komplexe“ im Unbewußten zurückgeführt wird, etwa auf das Widerstreben, das Vorhandensein gewisser Triebe in der eigenen psychophysischen Natur zuzugeben. Trotzdem sei ein Wort gewagt.

Gewiß wird man alle Wahrheit, die auch in der Psychoanalyse wirkt, so wie Freud sie verstand und so wie andere sie weitergeführt haben, gerne zugeben. Aber drei schwere Schädigungen, die davon für das Geistesleben ausgegangen sind, dürften schwerlich zu leugnen sein. 1. Freud gehört zu denen, welche das *Höhere* durch das *Niedere* zu erklären versucht und es damit, trotz allem Reden von „Sublimierung“, ja gerade dadurch, entwertet haben. 2. Freud hat vor allem dem *sexuellen Leben* eine Bedeutung verliehen, die es weder an sich hat noch haben soll, und damit schwerstes Unheil angerichtet. 3. Freud hat durch seine Psychologisierung des geistigen Lebens die Geltung der *Wahrheit* zerstört, wie keiner sonst. Man fragt unter seinem Einfluß nach dem psychologischen Komplex einer These, nicht nach ihrer Wahrheit und erklärt damit jede geistige Leidenschaft weg. Damit hat er die heutige Herrschaft der Lüge wirksam mit vorbereitet. Daß der Nationalsozialismus ihn ablehnt, weil er Jude ist, ändert daran nichts.

Diese drei furchtbaren Schäden in die eine Waagschale gelegt scheinen mir die andere, worin die Verdienste Freuds und der Psychoanalyse liegen, zum Steigen zu bringen. Man darf Freud nicht mit Marx vergleichen. Marx hat eine neue Welt verkündigt, Freud hat nur eine alte aufgelöst. Er hat nichts *Positives* zu verkündigen gehabt. Und nichts ist falscher, als ihn einen „Entzauberer“ zu nennen: er hat vielmehr erst recht eine ganze Zauberwelt, eine Dämonen- und Götzenwelt geschaffen. Auch er mag, als Teil jener bekannten Kraft, zuletzt dem Guten dienen, aber nur durch sein Ueberwundenwerden. Das Zerstören hat auch einen Segen, aber nur, wenn das Bauen darauf folgt. Mit dem neuen Erwachen der Seelen für die Wirklichkeit Gottes werden Augustin, Dante, Paskal, Kierkegaard und Dostojewski Freud verdrängen — Gott die Götzen.

VIII. *Religion und Kirche*. 1. Die Frage, die letztes Mal in bezug auf die *Oxford-Bewegung* gestellt worden ist, wird von maßgebender Seite auf folgende Weise beantwortet: Daß *Himmler* Mitglied einer Oxford-Gruppe sei oder gewesen sei, müsse als Irrtum bezeichnet werden. Dieser möge dadurch entstanden sein, daß man von der Bewegung aus — fälschlicherweise — sich bemüht habe, ihn für Christus zu gewinnen. Zuzugeben sei dagegen *Buchmanns* viel getadelte Stellung zu Hitler. Sie sei aber namentlich durch die schweizerische Bewegung aufs Entschiedenste verurteilt worden. Diese nehme überhaupt eine völlige Autonomie für sich in Anspruch. Es gebe für die Bewegung keine zentrale und autoritative Stelle und kaum eine Organisation; sie sei darum für das Verhalten einzelner ihrer Anhänger oder auch Führer nicht verantwortlich zu machen.

2. Die Lage der *Kirchen* wird wesentlich durch ihre Stellung zum *Kriege* bestimmt. Da ist nun vom *deutschen offiziellen Protestantismus* zu sagen, daß er seine skandalöse, Christus verleugnende Haltung während des Weltkrieges noch übertrifft. Vor mir liegt ein Aufruf des „Evangelischen Bundes“, der ein einziger Erguß nationalbessener Kriegstheologie ist. Ob es unter der Decke anders aussieht, ist schwer zu wissen. Der Nazismus aber hat für jenen Servilismus keinen Dank, er schließt vielmehr viele Kirchen unter dem Vorwand, daß sie für den Luftschutz nicht günstig gelegen seien und schränkt das Papier für die religiösen Zeitschriften ein. — 40 Prozent der Pfarrer sind zum Heeresdienst eingezogen, die eine Hälfte davon als „Wehrpfarrer“, die andere aktiv.

Die *englische* offizielle Kirche geht ebenfalls mit der jetzigen englischen Politik. Freilich hat sie unvergleichlich mehr Grund dafür und tut es auf unvergleichlich edlere Art. Es regt sich aber auch der „absolute“ Widerstand gegen den Krieg, den nun Lloyd George, als Präsident des „Peace council“, mehr oder weniger unterstützt. — Der 1. Oktober ist zum allgemeinen Gebetstag bestimmt worden.

In der *Schweiz* ist die Haltung verschieden. Ich habe anderwärts den Bettags-Appell des Zürcher Kirchenrates erwähnt. Dem kann man nur zustimmen. Daneben macht sich aber ein gewisses *Feldpredigertum* breit, dessen Weizen jetzt wieder blüht. In einer extra dafür herausgegebenen Art Handbuch wird vom Feldprediger-Offizier verlangt, er müsse sich ähnlich „durchsetzen“ wie der militärische. Jedenfalls trägt er den Säbel an der Seite. Soll er sich mit dem „durchsetzen“?

Die Rede vom „ökumenischen Ethos“, die wir von gewisser Seite, im Namen der *Weltkirche* gesprochen, vernehmen, ist wenn möglich noch phraselogischer als *Buchmanns* Aufruf.

Die Wahrheit ist: *Der Krieg bedeutet ein Fiasko der Kirchen — nur die Revolution Christi kann es gutmachen.*

3. Der Tod der *Therese von Konnersreuth* weist, in bescheidener Form, auf den „heiligen Menschen“ hin, von dem Robert Braun im letzten Hefte redet.

Das Wichtigste, was diesmal zur Schweizerischen Lage zu sagen ist, findet sich schon anderwärts ausgeführt. An der Verteidigung der Schweiz im Innern entscheidet sich wesentlich ihr Schicksal.

Was die *äußere* Lage betrifft, so wird sie wohl auch bald in das entscheidende Stadium gelangen. Denn nun scheint, nach der Erledigung der Ostfront, der Kampf im *Westen* wirklich Ernst zu werden. Damit stellt sich (erneut?) die Versuchung ein, die Sperrlinien des Westens durch sogenanntes neutrales Gebiet zu umgehen. Dafür kommen Invasionen durch Holland und Belgien im Westen und durch die Schweiz im Osten in Betracht, und zwar als Möglichkeit von *beiden* Seiten.

Wie hoch ist die Gefahr einzuschätzen?

Ich bin mir natürlich bewußt, daß ich über die *eine* Seite des Problems, die militärisch-strategische, kein kompetentes Urteil habe. (Wer hat es wohl?) Aber es gibt wohl einige Tatsachen, die sich jedem Urteil, auch dem des Nichtfachmannes, aufdrängen.

Wichtig ist wohl, ob *Italien* wie bisher draußen bleibt. Wenn das geschieht, dann könnte es wenigstens einem Laienurteil erscheinen, als ob die Befetzung des *Gotthard* und etwa des *Simplon* wie der *bündnerischen Alpenpässe* ihren Wert verlöre. Ein bloßer Durchbruch Deutschlands durch die Schweiz gegen *Westen* und *Südwesten* hätte aber doch wohl offenkundig für Deutschland nicht bloß eine Gewinnseite: er böte Frankreich und England die wohl nicht unerwünschte Gelegenheit, ihrerseits unter Umgehung der Siegfriedlinie nach Deutschland vorzustoßen. Hilfe wäre sogar, nach der Neutralitätsgarantie für die Schweiz, ihre Pflicht. Ohne Zweifel sind sie für diesen Fall auch gerüstet. In wenigen Stunden wohl wäre ein Teil ihrer Luftflotte und in wenigen Tagen, wenn nicht schon früher, ein Teil ihres Heeres am Rhein und am Bodensee. Diese Lage herzustellen, wird Deutschland schwerlich viel Lust haben. Mit einer solchen Gefahr verglichen, kämen wohl auch die lockenden Schätze und Vorräte der Schweiz nicht in Betracht, noch ganz abgesehen von der neuen *moralischen* Belastung, die auch auf die Haltung anderer, vor allem Amerikas, ja vielleicht sogar Italiens, einen starken Einfluß haben könnte.

Das, meine ich, kann auch ein militärischer Laie sehen.

Was aber die andere Möglichkeit, die einer *französisch-englischen* Invasion, betrifft, so ist sie aufs äußerste unwahrscheinlich. Daß Frankreich und besonders England ihrer Ueberlieferung, ihrer Pflicht und ihren feierlichen Versprechungen derartig ins Gesicht schlugen und ihre Sache moralisch derart schädigten, ist wirklich ausgeschlossen. Bis so etwas möglich würde, müßte vorher schon Unerhörtes, schwer Vorauszusehendes geschehen. Wenn immer wieder *Gerüchte* auftauchen, daß Frankreich und England einen solchen Einbruch beabsichtigten, so muß man wissen, aus was für einer außer- und inner-schweizerischen Quelle sie stammen.

Diese zweite Gefahr wäre, wenn sie sich verwirklichte, noch viel schlimmer als die erste. Die Aussicht, an der Seite Hitlers gegen Frankreich und England zu kämpfen, könnte wohl zur inneren Auflösung der Schweiz führen. Dann würde vielen endültig klar, was „totale Neutralität“ bedeutet und was dagegen „Völkerbund“ und „Solidarität“ bedeutete. So wünschenswert diese Erkenntnis an sich wäre, wollen wir doch hoffen, sie werde auf eine andere Weise kommen.

Ich halte also die Gefahr von außen auch jetzt nicht für sehr groß. Ueberaschungen sind gleichwohl möglich. Und namentlich liegt für mich die Sache so, daß die *innere* Gefahr die äußere *bedingt*. Eine Schweiz, die sich von Innen selbst aufgibt, wird sofort auch von Außen hundertmal stärker bedroht.

Von diesem Kampf für die Schweiz *diesseits* der Grenzen ist also anderwärts die Rede.

Ich möchte aber noch auf zwei Gefahren hinweisen, die nichtmilitärischer Natur sind und nicht gerade unmittelbar drohen, sondern mehr aus der allgemeinen Entwicklung der Dinge aufsteigen.

Da ist einmal jene Gefahr, die vom Nationalismus her insofern droht, als dieser alle die gleiche Sprache Redenden in das gleiche staatliche Gebilde sammeln will. Darauf weist der Hitlersche *Umsiedelungsplan* hin, der im Nordosten schon verwirklicht wird. Liegt nicht der Gedanke nahe, daß die andern, also die Schweiz und das Elsaß, ebenfalls zu „Großdeutschland“ kommen müßten, ohne Umsiedelung? Der Nationalismus tötet die kleinen Völker.

Die andere Gefahr aber ist die den *Kleinen Völkern* als solchen auch sonst drohende. Davon ist anderwärts schon die Rede gewesen. Die Kleinen Völker können dieser Gefahr nur entgehen, wenn sie sich rasch und gründlich *umstellen*. Und wenn sie *groß* werden — durch *Gehalt* — wenn sie das fehlende Quantum durch ein Quale ersetzen. Das ist das Zeichen, unter dem auch Erhaltung, Rettung, und Neubildung der Schweiz stehen müssen.

Die innere Lage der Schweiz bleibt also auf alle Fälle entscheidend. Die Leser wissen, daß ich, ohne Fatalismus, die innere Gefahr für weitaus größer halte als die äußere. All die in meiner Bettagsbetrachtung zur schweizerischen Lage geäußerten Bedenken — und noch vielerlei andere dazu — bleiben bestehen und verschärfen sich. Die Bedrohung der Freiheit von Innen her besteht weiter. Die Militärzensur arbeitet mit Volldampf und auf die Weise, die man erwarten mußte. Neuerdings hat die bürgerliche Gewalt wieder eine Kapitulation vor der militärischen geleistet: sie hat die Vornahme und Regelung der *Wahlen* zur Bundesversammlung dem Militär, in oberster Instanz dem General, übergeben, der sie auf *seine* Weise ordnet. Wenn aber irgend etwas in die Hand der bürgerlichen Behörden gehört, so ganz sicher die Wahlen in eine bürgerliche Zentralbehörde.¹⁾ Dazu kommt nun noch ein Erlaß des Generals, der den Soldaten, aber auch allen anderen Bürgern (fast hätte ich gesagt: Untertanen) dringend anrät, in Eisenbahnen, Restaurants und so fort nicht allzudeutlich ihre Meinung über die Politik und die Staatsmänner der Nachbarstaaten zu sagen. Die „älteste Demokratie“ soll also rasch eine Kleinkinderschule werden! Und glauben die obersten Militär wirklich, die gleichen Leute, die man auf diese Weise zu ängstlichen Memmen machte, würden dann, im „Ernstfall“, auf Befehl sofort zu Helden?

Aehnliches ist von anderen Erscheinungen zu sagen. Der Umstand, daß gegen die Regelung der Dienst- und Versicherungsverhältnisse des eidgenössischen Personals durch ein Gesetz, das selbst schon ein Kompromiß ist, das Referendum mit Erfolg ergriffen worden ist, beweist, daß die gerühmte „*Verständigung*“ zum guten Teil nur Oberfläche und Schein ist.

Der Vorstoß gegen die *Kommunisten*, besonders in der welschen Schweiz (in Neuenburg kommt es zu Verhaftungen) entspringt sicher nicht bloß der Empörung über Stalins Bündnis mit Hitler. Und gar das beabsichtigte schweizerische Verbot.

Auch die *mobilisierte Mannschaft* wird in ein sehr wenig selbstloses Wesen hineingezogen. Abgesehen davon, daß sie selbstverständlich in die ausschließliche Sphäre des Militärpatriotismus gehüllt wird, stürzt sich allerlei *Propaganda* auf sie. Besonders *religiöse*, aber diese nicht in einer Form, von der man etwas Rechtes für die Sache Gottes und der Schweiz erwarten dürfte. Und dann das schon anderwärts erwähnte *Feldpredigertum*, das, sicher mit ehrenvollen Ausnahmen, in der gleichen Richtung wirkt. Auch andere Geister stellen sich ein. Mir ist eine starke Klage über *alkoholisches Treiben* im Heere zugekommen. Jedenfalls ist nötig, darauf zu achten. Aber noch schlimmere, übrigens mit dem Alkohol ver-

¹⁾ Gegen diesen neuerlichen Akt der militärischen Oberhoheit legt der gleiche baslerische Nationalrat *Viktor Scherrer* in der Nationalzeitung „Verwahrung ein, der es schon gegen jene selbst getan hat.“

bündete Geister stellen sich regelmäßig ein, wo Mars regiert.¹⁾ Eine harmlosere und doch keineswegs ungefährliche Form davon ist die Erregung, in die ein Teil (nicht der bessere) der *Weiblichkeit* gerät, sobald die Uniform auftaucht oder gar das Leben beherrscht. Das ist die andere Seite alles Militär- und gar des Kriegswesens. Darauf muß sehr eindringlich hingewiesen werden.

Daß wir mit all den Maßregeln wirklicher und aus der Sache stammender *Fürsorge* an den Wehrmännern und ihren Familien von Herzen einverstanden sind, versteht sich von selbst, wie auch, daß wir allgemeine *wirtschaftliche Maßregeln*, wie sie die Lage fordert, auch wo sie Einschränkungen bedeuten, billigen und begrüßen, sofern sie sachgemäß sind.

Etwas Erfreuliches ist in diesem Zusammenhang festzustellen: *Eigentliche Militär- oder gar Kriegsbegeisterung ist auch im Schweizervolke nicht festzustellen*, sondern eher das Gegenteil. Man ist erfüllt vom Willen zur Abwehr der drohenden Gefahr, aber nicht mehr. Militär- oder gar Kriegsbegeisterung findet sich nur in kleinen Schichten der Bevölkerung: bei Professoren der Hoch- und Mittelschulen, Pfarrern, Offizieren, Studenten — überall die Frauen inbegriffen. Es gibt ein Papageienreden von unseren „Feldgrauen“ und Aehnliches. Es gibt auch so tolle Figuren wie jener *Fortunat Huber* (bezeichnenderweise ein einstiger Theologe), der sich im „Schweizerpiegel“ austobt, oder eine Denkweise, wie sie ein Oberst *R. Rieter* in der „Neuen Zürcher Zeitung“ ausspricht:

„Wir wollen dem Schickal dankbar sein, daß die uns heute auferlegte Prüfung in einem Augenblick erfolgt, in dem die Umorganisation der Armee beendet ist. Wir wollen die uns zur Verfügung stehende Zeit gewissenhaft und mit Hingabe ausnützen, um unsere militärische, wirtschaftliche und moralische Bereitschaft stetsfort zu steigern. Selbst wenn es nicht zum Kriege kommen sollte und sich die Gefahr wieder von unseren Grenzen abwendet, werden wir vor eine weitere Probe gestellt werden: vor die Probe, ob die militärische Arbeit der letzten Jahre auf einen tief im Volke wurzelnden Wehrwillen zurückgeführt werden kann oder ob sie nur durch die Angst vor der drohenden Gefahr ausgelöst wurde. Heute schon, da wir noch nicht wissen können, welche Wendung der Krieg in den Nachbarstaaten nehmen wird, wollen wir feierlich geloben, falls wir vom Kriege verschont bleiben, die Bereitschaft zur Landesverteidigung nicht wieder, wie dies jahrelang geschah, hinauszuschieben, sondern sie durch dauernde, zielbewußte Arbeit auf der erreichten Höhe zu erhalten. Dann werden wir auch bei einer plötzlichen neuen Zuspitzung der politischen Lage, im Vertrauen auf die gefunden und starken Wehrkräfte unserer Eidgenossenschaft, sagen können: Wir sind bereit.“

In der großen Mehrheit der Bauern und Arbeiter überwiegt aber die Aeußerung des *Abscheues* vor dem Kriege und den *Zuständen*, die zu ihm geführt haben. Das ist ein gutes Zeichen und eine Verheißung — es sei in Dankbarkeit festgestellt.

Auch an der *Bundesratspolitik* und der *Vorherrschaft des Militärs* hat die Masse keine Freude. Sogar der *Götze Neutral* begegnet wachsenden Zweifeln. Das scheint die *Sozialdemokratie* zu spüren. So erklärt neuerdings der Parteipräsident, die Partei lege jetzt weniger Gewicht darauf, in den Bundesrat zu kommen, als eine richtige *Opposition* zu vertreten, die über eine soziale Gestaltung der wirtschaftlichen Maßregeln und über die Erhaltung der demokratischen Rechte wache. Man wird bei diesen Aeußerungen gut tun, daran zu denken, daß die *Wahlen* in der Nähe sind und sie mehr als Symptom der allgemeinen Volksstimmung, denn als eine innere Wendung der Parteileitung werten. Wie wenig diese selbst

¹⁾ Es hängt nicht mit dem Militär zusammen, läßt aber in Abgründe der Verderbnis blicken, wenn die „Nation“ von einem erschreckenden Umsichgreifen der *homosexuellen Unsitlichkeit* berichtet und u. a. mitteilt, daß einzig in der Stadt Luzern 77 „männliche Dirnen“ („Strichjungen“) der Polizei bekannt seien. Das Uebel werde vor allem durch die *Arbeitslosigkeit* begünstigt.

vom Geiste der Demokratie beherrscht wird, zeigt wieder der Fall *Nicole*. Der Schreiber kennt, wie er schon letztes Mal und früher betont hat, Nicoles Fehler wohl. Er teilt auch nicht sein Urteil über Stalins Politik. Aber er betont aufs neue: Nicole besitzt etwas, was in der sozialistischen Führerschaft sehr rar geworden ist, sozialistische *Gefinnung* und sozialistischen *Mut*. Und was seine Stellung zur Stalinpolitik betrifft, so ist sie zwar, wie gesagt, in meinen Augen falsch, aber sie ist nicht so unerhört, wie man tut. In England wird sie vielfach sogar von linksliberalen Kreisen geteilt. Man sehe sich z. B. daraufhin die letzten Hefte von „New Statesman and Nation“ an! Der Ausschluß Nicoles bedeutet in Wirklichkeit einfach eine Verbeugung vor kleinbürgerlichen Gefühlen und Forderungen und eine Mundtotmachung der Opposition, die man in diesen Kreisen nicht mehr ertragen kann und will.

Die Folgen sind nicht undeutlich. Die *Spaltung* der Partei hat begonnen. In der *welchen* Schweiz stehen die waadtländische und genferische Partei in ihrer großen Mehrheit zu Nicole, von der neuenburgischen eine Minderheit und überall in der Schweiz Einzelne und ganze Gruppen. Es handelt sich dabei wohl überall weniger um die Zustimmung zu Nicoles Persönlichkeit, als um die Opposition gegen die Parteidiktatur. Der Fall Nicole wird zu einem Symptom des Zerfalls der Parteiform und der Bildung einer neuen Gestalt des Sozialismus.

Wie sehr wir gut tun, nicht immer wieder von bloßen Oberflächendingen Heil zu erwarten, zeigt das Schicksal der schon wiederholt berührten bevorstehenden *Wahlen* in die Bundesversammlung. Was hat man noch vor kurzem nicht alles von diesen Wahlen erwartet! All die notwendige Opposition verschob man auf sie, all die notwendige Neugestaltung der Schweiz auf die durch die Wahlen erneuerte Bundesversammlung. „Eine neue Politik mit neuen Männern!“ war die Losung. Inzwischen verstärkte man die *alte* Politik mit den *alten* Männern.

Und nun? Nun ist die Gefahr nicht klein, daß von den Wahlen die *Reaktion* den Gewinn haben wird. Sie wünscht darum sehr, daß sie *jetzt* stattfinden. Und wo bleiben die „neuen Männer“? Ein Blick auf die Kandidatenlisten, die der Sozialdemokratie nicht ausgenommen, zeigt sofort, daß die uraltesten Ladenhüter des politischen Bonzentrums wieder portiert werden. Die werden schon eine neue Politik machen!

„Eine neue Politik mit neuen Männern — oder besser: neuen Menschen!“ Das bleibt eine gute Losung. Aber auch dafür, wie zu allem andern, was die Schweiz nötig hat, gilt die Losung: *Tiefer pflügen!* *Leonhard Ragaz.*

WELTAKTION FÜR DEN FRIEDEN (R. U. P.).

I. Erklärung des Zentralkomitees.

Lord Robert Cecil, der Präsident der Weltaktion für den Frieden, veröffentlichte soeben in London die folgende Erklärung:

Nach einem Scheinultimatum, das nicht einmal offiziell der polnischen Regierung vorgelegt wurde, ist Deutschland in Polen eingebrochen, ohne Zögern den ganzen Kriegsmechanismus in Bewegung setzend, mit dem er Europa während zwei Jahren bedrohte.

Wer die Verantwortung trägt für den Konflikt, der daraus entstand, ist vollkommen klar.

In allen Ländern, in welchen man frei denken und urteilen kann, wird allgemein anerkannt, daß das gute Recht auf der polnischen Seite liegt.

Polen hat ganz einfach sich verteidigt und damit eine Antwort gegeben auf die lange Kampagne von Drohungen und Provokationen.

Es ist — mit Dankbarkeit — auf alle Anstrengungen zu einer friedlichen Regelung, die in den letzten Monaten gemacht wurden, eingegangen.

Hitler hingegen hat diese Bemühungen mit Verachtung oder Gleichgültigkeit

behandelt und ständig seine Entschlossenheit betont, keine andere Lösung anzunehmen als jene, die er jetzt willens ist, durch Waffengewalt zu erzwingen und die auf die Vernichtung Polens als selbständigen Staat hinzielt.

Er hat die Appelle des Papstes und der Oslo-Staaten vollständig ignoriert.

Er hat die an Italien gerichteten Appelle von Präsident Roosevelt und Mackenzie King in keiner Weise beachtet.

Er hat die letzten konkreten Anregungen des Präsidenten Roosevelt, der den Konflikt durch Verhandlungen, Vermittlung oder Schiedsgericht beheben wollte, abgelehnt, während diese Anregungen von Polen unverzüglich angenommen wurden. Er hat nicht einmal geantwortet, als der Präsident ihm mitteilte, daß Polen zu Verhandlungen bereit sei.

Alle Bemühungen von seiten der britischen Regierung, zu einer Regelung zu gelangen, bewirkten nur, daß die ohnehin schon unannehmbaren Ansprüche Hitlers noch größer wurden.

Endlich wurde auch auf den Appell des Königs Leopold von Belgien und der Königin Wilhelmine von Holland in ähnlicher Weise geantwortet. Es ist klar, daß Hitler in jenem Augenblick schon den Krieg beschlossen hatte.

Hitler hat nicht nur diese offiziellen Appelle zurückgewiesen, sondern er hat auch unzählige Appelle von Privatpersonen und Organisationen aus allen Gegenden der Welt gänzlich ignoriert, ebensowenig hat er Rücksicht genommen auf die Angst des deutschen Volkes vor einem Krieg, dessen erstes Opfer es sein wird, eine Angst, von der alle zeugen, die in Deutschland wohnen oder von dort zurückkamen.

Alle Möglichkeiten, die Dinge auf friedlichem Wege in Ordnung zu bringen, sind ihm angeboten worden; aber Hitler hat, nachdem ihm Zeit zur Ueberlegung gegeben worden war, bewußt sich für den Krieg entschieden. Wir können daraus den eindeutigen Schluß ziehen, daß er die Ungerechtigkeit seiner Forderungen kannte, aber nichtsdestoweniger entschlossen war, sie der Welt mit Militärgewalt aufzuzwingen.

Solange es dem Haupt einer großen Nation erlaubt sein wird, eine solche Politik zu machen, wird nirgends in der Welt ein dauerhafter Friede möglich sein. Es gibt für die friedliebenden Mächte keine andere Lösung, als sich dem zu widersetzen. Der Weltkrieg, der daraus entstehen kann, wird der Preis sein, der zu bezahlen ist für die Irrtümer jener Regierungen, die in den letzten Jahren vom Völkerbundspakt abwichen. Die Schöpfer des Paktes hatten in Betracht gezogen, daß der Friede etwas Unteilbares ist und daß, wenn man einen einzigen Angriffsakt dulden würde, von neuem die Gewalt der entscheidende Faktor in allen internationalen Beziehungen sein würde.

Aber sie ließen ihre Grundsätze zunichte werden, und heute ist der Widerstand für sie die einzige Alternative. Wenn die friedliebenden Nationen jetzt nicht Widerstand leisten, werden alle Nationen der Welt ihre Freiheit verlieren, angesichts von Mächten, die das Evangelium der Gewalt wieder zum Leben brachten. Der Friede, der auf diesen Krieg folgen wird, muß auf Gerechtigkeit beruhen und unterstützt werden durch einen neuen Völkerbund, der stark genug ist, ihn zu verteidigen.

Für diese Methode wird die Weltaktion für den Frieden während dieses Krieges in allen Ländern eintreten, wo die Umstände es erlauben werden.

Nichts von dem, was in den letzten Wochen geschehen ist, hat in der Weltaktion für den Frieden den Glauben an die Grundsätze, zu denen sie sich bekennt, erschüttern können; die tragischen Ereignisse der Gegenwart beweisen im Gegenteil besser als jedes Argument, daß der einzige Weg zum Frieden in den bekannten vier Punkten unserer Bewegung liegt:

Achtung vor Verträgen; einem Völkerbund, der fähig ist, Maßnahmen zur Verteidigung gegen Angreifer zu vereinigen mit einem Aufbau des Friedens und einer progressiven Abrüstung. Diese würde möglich gemacht durch die Sicherheit und das Vertrauen, die die Folge solcher Maßnahmen wären.

II. Die britische Sektion.

Eine weitere, vom britischen Komitee des RUP. veröffentlichte Erklärung umschreibt die britischen Friedensziele und enthält u. a. folgende Abschnitte: „...Das RUP. dringt bei der britischen Regierung darauf, daß sie unverzüglich ihre Friedensziele in möglichst klar umgrenzter und endgültiger Form bekanntgebe.

Das Exekutivkomitee hält dafür, daß ein dauernder Friede, der die Hochhaltung der internationalen Gerechtigkeit und der Menschenrechte gewährleistet, unmöglich hergestellt werden kann, solange die deutsche, die italienische und die japanische Regierung in Wort und Tat Grundsätze vertreten, die mit den Grundbegriffen der internationalen Ordnung und der persönlichen Freiheit unvereinbar sind. Die Grundsätze des „Commonwealth“, die das RUP. angenommen hat, stehen in einem unverföhnlichen Gegensatz zu den von Hitler verkündeten Grundätzen.

Das britische Komitee des RUP. beabsichtigt, sofort eine Erklärung auszuarbeiten, die, soweit als möglich, die Gesichtspunkte darlegt, nach denen der Friede geschlossen werden soll. Diese Erklärung müßte den Komitees des RUP. (oder deren Vorsitzenden) in den Vereinigten Staaten, Frankreich, Schweden, der Tschechoslowakei, China und anderwärts unterbreitet werden. Es wird vielleicht nötig werden, zu diesem Zwecke eine kleinere internationale Zusammenkunft einzuberufen, wenn die Verhältnisse es erlauben.

Unsere Friedensziele würden die *Befreiung der Tschechoslowakei, Abessinien* und anderer Opfer des Angriffs einschließen, die *Wiederherstellung der Grundrechte der Menschlichkeit gegenüber den Juden* und die Schaffung von Zuständen, in denen *alle Völker*, die deutschen, die italienischen und die japanischen inbegriffen, als *Gleichberechtigte* in der *Gemeinschaft der Nationen* zusammenarbeiten könnten.

III. Die schweizerische Sektion.

1. Erklärung zur Weltlage.

Der Schweizer Zweig der Weltaktion für den Frieden (RUP.) ist überzeugt, daß jetzt alle, die am Frieden nicht verzweifeln und für ihn kämpfen wollen, klar sehen sollten, und gibt seinen Mitbürgern folgendes eindringlich zur Erwägung:

Schuld am Weltkrieg, der jetzt hereingebrochen ist, sind weder bloß einzelne Männer noch einzelne Staaten, noch wird deren Besiegung den Frieden wahren, sondern schuld sind alle, die aus Fahrlässigkeit und Gleichgültigkeit oder mit Absicht das Recht zugrundegehen ließen und „das Recht des Stärkeren“ anerkannten, Eroberungen ermutigten und unterstützten und Völker verhandelt haben.

Was jetzt geschieht, die Erweiterung des bisherigen Weltkrieges, ist bloß die letzte Etappe einer verhängnisvollen Entwicklung, deren Marksteine die Preisgabe folgender Länder bildet: Mandschurei, Abessinien, Spanien, China, Oesterreich, Tschechoslowakei, Albanien.

In steigendem Tempo, wobei ein Rechtsbruch zum nächsten ermutigte, ihn vorbereitete und die Gegenkräfte noch mehr lähmte, folgten sich die Vergewaltigungen. Wer an dieser Erweiterung des Weltkrieges schuld ist, ist jedermann bekannt. Aber mitschuldig an diesem Abgleiten in den Rechtsverfall sind alle Staaten, welche die Vergewaltigungen aktiv oder durch ihre Passivität unterstützten, deren Resultate anerkannten und den Vergewaltigungen Ehre erwiesen.

Die Weltaktion für den Frieden warnt deshalb davor, nun alle Schuld nur auf den Hauptschuldigen zu werfen und alle Friedenshoffnung allein auf dessen Besiegung zu setzen. Es hieße, Bedeutung und Schwere dieser Weltkatastrophe verkleinern, wenn die Verfechter von Freiheit und Recht glaubten, mit dem Ausreten eines Brandherdes, der Verstopfung einer Quelle der Rechtsverachtung sei der Friede neu errungen.

So begreiflich es ist, daß jetzt die Zertretung Polens und die Wiedergutmachung dieses Unrechtes im Vordergrund unseres Fühlens stehen, um so nötiger ist es, klar vor Augen zu haben, daß ein Friede, der nur gerade ein einzelnes Unrecht aufhebt, nur einen Waffenstillstand bedeuten würde. Es ist im besonderen nötig, wachsam zu sein, daß nicht zur Gewinnung von Neutralität oder Bundesgenossenschaft im Kampf gegen den einen Brandherd vergangene Vergewaltigungen an anderen Orten sanktioniert, neue bewilligt und unterstützt werden. Der Friede wird nicht gewonnen, indem der Teufel mit Beelzebub ausgetrieben, ein Sieg des Rechtes an einem Ort mit neuer Preisgabe von Rechten an anderen Orten erkämpft wird. Der Friede soll weder von den Abessiniern noch von den Chinesen bezahlt werden.

Ein dauerhafter Friede, der nicht nur ein Waffenstillstand ist, welcher durch neue Kriege mit wieder anderen Hauptschuldigen abgelöst würde, kann nur begründet werden, wenn die Völker zu den in den vergangenen Jahren gemeinsam vertretenen Grundfätzen der *kollektiven Sicherheit* zurückkehren, zu einem Völkerbund, in dem große und kleine Nationen sich gemeinsam jedem Rechtsbruch widersetzen, wo immer und wem immer er freventlich zugefügt werden sollte. Gemeinsamer Schutz des Rechtes in einer internationalen Rechtsordnung mit gleichen Rechten für kleine und große Staaten, und nicht Abseitsstehen kann allein den kleinen Staaten Sicherheit geben und verhindern, daß ihr Schicksal von den geheimen Abmachungen der Großstaaten abhängt. Das zynische Lachen des Hochmutes wird nur dann ersterben, wenn der *sacro egoismo* der Völker, der sie isoliert zur Beute darbietet, durch einen mächtigen Bund des Rechtes ersetzt wird.

2. Die Friedenspflichten der Schweiz.

Der schweizerische Zweig der Weltaktion für den Frieden (R. U. P.) wendet sich in dieser Stunde des Grauens und der Beforgnis an Behörden und Volk und insbesondere an alle, die sehnlichst hoffen, daß in diesem Kriege Menschenrechte, Freiheit und Demokratie nicht ganz und gar untergehen, sondern gerettet werden und zu neuer Würde und Geltung kommen. Sicher wird das Schweizervolk wieder, wie im letzten Kriege, eine mildtätige Hand für die Opfer des Krieges haben. Unsere Hand sollte aber auch dann nicht hart sein, wo es mit Geldopfern allein nicht getan ist, sondern wo es Mut erfordert. Seit Jahren suchen ausgeplünderte Menschen bei uns Asyl, die der Tyrannei und oft dem sichern Tod entfliehen wollen. Zu ihnen gesellen sich nun die, welche dem Krieg entrinnen und die nicht für eine Sache Kriegsdienst tun wollen, die sie verabscheuen: die Deserteure und Refraktäre. Unter den letzteren sind Leute, die jahrzehntelang in unserem Lande gelebt und dort nützliche Arbeit verrichtet haben. Alle diese verschiedenen Kategorien von Menschen, die in ihrem Lande verfehmt sind, hatten es schon bis jetzt nicht leicht. Nun ist angekündigt worden, daß die Behandlung der Emigranten verschärft werden soll. Der schweizerische Zweig der Weltaktion für den Frieden fühlt sich verpflichtet, eindringlich davor zu warnen, den Fremdling, der vor unseren Toren steht, gefühllos abzuweisen, und den, der bereits bei uns ist, wie einen Verbrecher zu behandeln. Unser Land würde durch solches Verhalten einer jahrhundertalten, heiligen und segensvollen Tradition abfragen. Wir glauben aber auch, daß wir das Gericht über uns herabbeschwören würden, wenn wir als ein Land, das noch vom Kriege verschont ist und das sich seiner Freiheit rühmt, die vor dem Kriege Fliehenden und die von Tyrannen Verfolgten ins Verderben zurückschickten. Bereits sind Fälle vorgekommen, die der Menschlichkeit Hohn gesprochen haben. Die Landesausstellung hat gezeigt, daß wir kein Volk sind, das am Rande seiner Kräfte steht, und es gibt keine wirtschaftlichen Motive, welche die Verletzung der elementarsten Rechte des arbeitssuchenden Flüchtlings entschuldigten. Angesichts des Völkermordens lassiet uns nicht auch Blutschuld auf uns laden, indem wir Menschen an unseren Grenzen in die Hände ihrer Würger zurücktreiben.

Wir warnen auch vor dem Versuch, zur Verteidigung von Freiheit und Demokratie zunächst einmal die Volksrechte abzubauen oder zu sistieren. Zu den unentbehrlichsten gehört die *Pressfreiheit*. Sie war schon bisher im Kampf um den Frieden etwas vom Wichtigsten. Wir wären nicht in diese Not hineingekommen, wenn die Zeitungen in allen Ländern mutig die Dinge beim Namen genannt hätten, und wir werden keinen Frieden bekommen, welcher diesen Namen verdient, wenn nicht ohne Schonung der Uebeltäter die Wahrheit ausgesprochen wird. Mars regiert die Stunde, und sein Regiment zeigt sich auch als Gefahr in Ländern, die noch Gewehr bei Fuß stehen. Indem wir Freiheit und Recht verteidigen, wenden wir uns dagegen, daß sie preisgegeben werden und unser Volk durch einen *obligatorischen Arbeitsdienst* durchmilitarisiert werden soll nach dem Vorbild des totalitären Staates. Allmacht des Staates auf der einen und Freiheit und Menschenrechte auf der anderen Seite stehen sich gegenüber. Wir Schweizer müssen wissen, auf welcher Seite wir zu stehen haben.

Von den Heimgegangenen.

An Stelle eines Nachrufes, den uns einer der welschen Freunde hätte schreiben sollen, kann ich nur ein paar kurze Worte des Gedächtnisses an *Doktor Gaston Châtenay* sagen, der schon anfangs August, dreiundsiebzigjährig, aus der intensivsten Arbeit für unsere Sache und andere, damit verwandte, geschieden ist. Aus der bürgerlichen Welt her, in reifen Jahren schon, besonders unter dem Einfluß von Charles Naine zum Sozialismus und dann auch zur religiös-sozialen Bewegung gekommen, hat er zuletzt noch in Stellvertretung „*Espoir du monde*“ redigiert. Er war in allem einer der besten Vertreter jenes Geistes, der unsere welschen Brüder kennzeichnet: feurig, begeisterungsfähig, aktiv, liebenswürdig, stets dienst- und opferbereit. Sein Auftauchen in unserem deutschschweizerischen Kreise war jederzeit eine Erquickung. Mitten in voller Tätigkeit hat dies warme und hochgefünnte Herz zu schlagen aufgehört. Wir werden Doktor Gaston Châtenay in treuer Erinnerung behalten.

Von Büchern

Der Christ als Staatsbürger. Gottesglaube und Politik. Zum Problem des Staates und der Obrigkeit. Zwei Vorträge von *Eduard Burri*. Verlag Pestalozzi-Fellenberg-Haus, Bern.

Ganz besonders ausgezeichnet. Schade, daß die Bemerkung über die Religiös-Sozialen (S. 54) nicht weggeblieben ist. Denn wenn sie auch nicht unfreundlich ist, so trifft sie doch den zentralen Sinn der religiös-sozialen Bewegung nicht und erleichtert denen das Geschäft, die rufen: „Zurück zur Theologie, zur religiösen Innerlichkeit und zur privaten Frömmigkeit!“ Im übrigen aber eine Schrift voll Zuversicht, Kraft und Leben. L. R.

Eduard Burri: Wirtschaftliche Gerechtigkeit! Was sagt die Bibel dazu? Pestalozzi-Fellenberg-Haus, Bern.

Pfarrer Burris geistiges Auftreten hat etwas erfrischend Urwüchsiges, Furchtloses und Aufrüttelndes. Er sagt Dinge, die im allgemeinen auch schon gesagt worden sind, auf *seine* Weise, und insofern auch auf *neue* Weise, und diese Weise kennzeichnet sich besonders durch einen gewissen Realismus, der sich bei ihm in der Freiwirtschaftslehre kristallisiert. Das alles gilt auch von der vorliegenden Schrift. Von ihr ist aber auch zu sagen, daß sie eine Gesamtauffassung dessen enthält, was die *Bibel* ist und verkündigt und daß es einen großen Gewinn bedeutet, darauf zu hören.

Die Schranke dieses Wertes der Schrift besteht nach meiner Ansicht in der zu engen Bindung an die Freiwirtschaftslehre. Nicht damit will ich rechten, daß der Verfasser sich zu dieser bekennt. Ich leugne auch nicht die Wahrheit und